

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Fassung: September 2021

aaaaaa

Grundregeln für die Beziehung zwischen Kunde und Bank

1 Geltungsbereich und Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen

(1) Geltungsbereich

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und den inländischen Geschäftsstellen der Bank (im Folgenden Bank genannt). Daneben gelten für einzelne Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel für das Wertpapiergeschäft, den Zahlungsverkehr und für den Sparverkehr) Sonderbedingungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten; sie werden bei der Kontoeröffnung oder bei Erteilung eines Auftrags mit dem Kunden vereinbart. Unterhält der Kunde auch Geschäftsverbindungen zu ausländischen Geschäftsstellen, sichert das Pfandrecht der Bank (Nummer 14 dieser Geschäftsbedingungen) auch die Ansprüche dieser ausländischen Geschäftsstellen.

(2) Änderungen

a) Änderungsangebot

Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (zum Beispiel das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden.

b) Annahme durch den Kunden

Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt, gegebenenfalls im Wege der nachfolgend geregelten Zustimmungsfiktion.

c) Annahme durch den Kunden im Wege der Zustimmungsfiktion

Das Schweigen des Kunden gilt nur dann als Annahme des Änderungsangebots (Zustimmungsfiktion), wenn

aa) das Änderungsangebot der Bank erfolgt, um die Übereinstimmung der vertraglichen Bestimmungen mit einer veränderten Rechtslage wiederherzustellen, weil eine Bestimmung dieser Geschäftsbedingungen oder der Sonderbedingungen

- aufgrund einer Änderung von Gesetzen, einschließlich unmittelbar geltender Rechtsvorschriften der Europäischen Union, nicht mehr der Rechtslage entspricht oder
- durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung, auch durch ein Gericht erster Instanz, unwirksam wird oder nicht mehr verwendet werden darf oder
- aufgrund einer verbindlichen Verfügung einer für die Bank zuständigen nationalen oder internationalen Behörde (z. B. der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht oder der Europäischen Zentralbank) nicht mehr mit den aufsichtsrechtlichen Verpflichtungen der Bank in Einklang zu bringen ist und

bb) der Kunde das Änderungsangebot der Bank nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen abgelehnt hat.

Die Bank wird den Kunden im Änderungsangebot auf die Folgen seines Schweigens hinweisen.

General terms and conditions

Version: September 2021

aaaaaa

Basic rules for the relationship between customer and bank

1 Scope and changes of these terms and conditions and the special conditions for individual business relationships

(1) Scope

The General Terms and Conditions are valid for the entire business relationship between the customer and the domestic branches of the bank (in the following called bank). Special conditions apply additionally for individual business relationships (for example for the securities business, the payment transactions and the savings transactions), which include deviations from or supplements to these General Terms and Conditions; they will be agreed with the customer if an account is established or if an order is given. If the customer also maintains business relationships with foreign branches, then the lien of the bank (number 14 of these terms and conditions) secures also the claims of these foreign branches.

(2) Amendments

a) Amendment offer

Amendments to these terms and conditions of business and the special conditions will be offered to the customer in text form no later than two months before the proposed effective date. If the customer has agreed to the use of electronic communications with the bank in the course of the business relationship (for example online banking) then the amendments may also be offered in this way.

b) Acceptance by the customer

The amendments offered by the bank will take effect only if the customer agrees to them if applicable by means of the assumed consent set out below.

c) Acceptance by the customer by means of assumed consent

Silence from the customer is deemed to constitute acceptance of the amendment offer (assumed consent) only if:

aa) The amendment offer is made by the bank in order to restore conformity of the contractual provisions with a modified legal situation because a provision of these terms and conditions of business or the special conditions

- is no longer compliant with the legal position owing to a change in law including directly applicable legislation of the European Union or
- Becomes invalid or its application is no longer permitted owing to a legally valid judicial decision including by a court of first instance or
- Can no longer be reconciled with the regulatory obligations of the bank owing to a mandatory directive of a national or international authority responsible for the bank (e.g. the German federal financial supervisory authority or the European Central Bank) and

bb) The customer has not rejected the amendment offer from the bank by the proposed effective date of the amendments.

In the amendment offer the bank shall advise the customer of the consequences of silence by the customer.



d) Ausschluss der Zustimmungsfiktion

Die Zustimmungsfiktion findet keine Anwendung

- bei Änderungen der Nummern 1 Absatz 2 und 12 Absatz 5 der Geschäftsbedingungen und der entsprechenden Regelungen in den Sonderbedingungen oder
- bei Änderungen, die die Hauptleistungspflichten des Vertrags und die Entgelte für Hauptleistungen betreffen, oder
- bei Änderungen von Entgelten, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet sind, oder
- bei Änderungen, die dem Abschluss eines neuen Vertrags gleichkommen, oder
- bei Änderungen, die das bisher vereinbarte Verhältnis von Leistung und Gegenleistung erheblich zugunsten der Bank verschieben würden.

In diesen Fällen wird die Bank die Zustimmung des Kunden zu den Änderungen auf andere Weise einholen.

e) Kündigungsrecht des Kunden bei der Zustimmungsfiktion

Macht die Bank von der Zustimmungsfiktion Gebrauch, kann der Kunde den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird die Bank den Kunden in ihrem Änderungsangebot besonders hinweisen.

2 Bankgeheimnis und Bankauskunft

(1) Bankgeheimnis

Die Bank ist zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen und Wertungen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Kunden darf die Bank nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Kunde eingewilligt hat oder die Bank zur Erteilung einer Bankauskunft befugt ist.

(2) Bankauskunft

Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit; betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte sowie Angaben über die Höhe von Kreditansprüchen werden nicht gemacht.

(3) Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft

Die Bank ist befugt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf ihre geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die Bank erteilt jedoch keine Auskünfte, wenn ihr eine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt. Bankauskünfte über andere Personen, insbesondere über Privatkunden und Vereinigungen erteilt die Bank nur dann, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben. Eine Bankauskunft wird nur erteilt, wenn der Anfragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft dargelegt hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange des Kunden der Auskunftserteilung entgegenstehen.

(4) Empfänger von Bankauskünften

Bankauskünfte erteilt die Bank nur eigenen Kunden sowie anderen Kreditinstituten für deren Zwecke oder die ihrer Kunden.

3 Haftung der Bank; Mitverschulden des Kunden

(1) Haftungsgrundsätze

Die Bank haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Soweit die Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen oder sonstige Vereinbarungen etwas Abweichendes regeln, gehen diese Regelungen vor. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten (zum Beispiel durch Verletzung der in Nummer 11 dieser Geschäftsbedingungen aufgeführten Mitwirkungspflichten) zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

d) Exclusion of assumed consent

Assumed consent does not apply

- In the case of amendments to numbers 1 clause 2 and 12 clause 5 of the terms and conditions of business and the corresponding provisions in the special conditions or
- In the case of amendments that concern the principal service obligations of the contract and the fees for principal services or
- In the case of amendments to fees that concern a consumer payment above the agreed fee for the principal service or
- In the case of amendments that amount to conclusion of a new contract or
- In the case of amendments that would shift the ratio of service to return consideration significantly in favour of the bank.

In these cases the bank shall obtain the consent of customer by other means.

e) Customer right of termination in the case of assumed consent

If the bank makes use of assumed consent then the customer may also terminate the contract affected by the amendment without notice and free of charge before the effective date of the amendments. The bank shall specifically advise the customer of this right of termination in its amendment offer.

2 Banking confidentiality and banking information

(1) Banking confidentiality

The bank is obligated to confidentiality about all customer related facts and valuations of which it gets knowledge (banking confidentiality). The bank may only provide information about the customer if legal regulations require it or if the customer agrees or if the bank has the right to provide banking information.

(2) Banking information

The banking information includes generally formulated statements and remarks about the economic conditions of the customer, their credit rating and solvency, amount-related information about account balances, savings balances, securities account assets or other assets placed at the bank as well as information about the amount of loans obtained.

(3) Prerequisites for providing banking information

The bank has the right to provide banking information about legal entities and businesspersons registered in the commercial register, assumed that the information is related to their business activity. However, the bank does not provide information if the customer gives a directive to avoid this. The bank only provides banking information about other persons, especially about private customers and associations if they explicitly agreed in general or in an individual case. Banking information is only provided if the inquiring person has demonstrated a justified interest to obtain the requested information and if there is no reason to believe that interests of the customer that require protection are affected.

(4) Recipients of banking information

Banking information is only provided by the bank to its own customers or other financial institutions for their purposes or the purposes of their customers.

3 Liability of the bank; contributory negligence of the customer

(1) Liability principles

When fulfilling their obligations, the bank is liable for any fault of its employees and the persons which the bank assigns to fulfill its obligations. If the special conditions for individual business relationships or other agreements state differently, then these regulations have priority. If the customer, through a culpable behavior (for example, by violating the obligation to cooperate with Number 11 in these terms and conditions), contributes to the damage, then the principles of contributory negligence determine the extent to which the bank and the customer are responsible for the damage.

(2) Weitergeleitete Aufträge

Wenn ein Auftrag seinem Inhalt nach typischerweise in der Form ausgeführt wird, dass die Bank einen Dritten mit der weiteren Erledigung betraut, erfüllt die Bank den Auftrag dadurch, dass sie ihn im eigenen Namen an den Dritten weiterleitet (weitergeleiteter Auftrag). Dies betrifft zum Beispiel die Einholung von Bankauskünften bei anderen Kreditinstituten oder die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren im Ausland. In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

(3) Störung des Betriebs

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (zum Beispiel Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

4 Grenzen der Aufrechnungsbefugnis des Kunden, der kein Verbraucher ist

Ein Kunde, der kein Verbraucher ist, kann gegen Forderungen der Bank nur aufrechnen, wenn seine Forderungen unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind. Diese Aufrechnungsbeschränkung gilt nicht für eine vom Kunden zur Aufrechnung gestellte Forderung, die ihren Rechtsgrund in einem Darlehen oder einer Finanzierungshilfe gemäß §§ 513, 491 bis 512 BGB hat.

5 Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden

Nach dem Tod des Kunden hat derjenige, der sich gegenüber der Bank auf die Rechtsnachfolge des Kunden beruft, der Bank seine erbrechtliche Berechtigung in geeigneter Weise nachzuweisen. Wird der Bank eine Ausfertigung oder eine beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) nebst zugehöriger Eröffnungsniederschrift vorgelegt, darf die Bank denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank bekannt ist, dass der dort Genannte (zum Beispiel nach Anfechtung oder wegen Nichtigkeit des Testaments) nicht verfügungsberechtigt ist, oder wenn ihr dies infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

6 Maßgebliches Recht und Gerichtsstand bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden

(1) Geltung deutschen Rechts

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht.

(2) Gerichtsstand für Inlandskunden

Ist der Kunde ein Kaufmann und ist die streitige Geschäftsbeziehung dem Betriebe seines Handelsgewerbes zuzurechnen, so kann die Bank diesen Kunden an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht oder bei einem anderen zuständigen Gericht verklagen; dasselbe gilt für eine juristische Person des öffentlichen Rechts und für öffentlich-rechtliche Sondervermögen. Die Bank selbst kann von diesen Kunden nur an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht verklagt werden.

(3) Gerichtsstand für Auslandskunden

Die Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch für Kunden, die im Ausland eine vergleichbare gewerbliche Tätigkeit ausüben, sowie für ausländische Institutionen, die mit inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder mit einem inländischen öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vergleichbar sind.

Kontoführung

7 Rechnungsabschlüsse bei Kontokorrentkonten (Konten in laufender Rechnung)

(1) Erteilung der Rechnungsabschlüsse

Die Bank erteilt bei einem Kontokorrentkonto, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, jeweils zum Ende eines Kalenderquartals einen Rechnungsabschluss; dabei werden die in diesem Zeitraum entstandenen beiderseitigen Ansprüche (einschließlich der Zinsen und Entgelte der Bank) verrechnet. Die Bank kann auf den Saldo, der sich aus der Verrechnung ergibt, nach Nummer 12 dieser Geschäftsbedingungen oder nach der mit dem Kunden anderweitig getroffenen Vereinbarung Zinsen berechnen.

(2) Transferred orders

If an order – based on content – will be executed typically in the way that the bank assigns a third party with the further processing, then the bank fulfills the order in such a way that it transfers the order on its own behalf to a third-party (transferred order). This affects, for example, the request for banking information at other financial institutions or the storage and administration of securities abroad. In this case, the liability of the bank is restricted to the careful selection and instruction of the third party.

(3) Operational disruptions

The bank is not liable for damages caused by force majeure, uproar, war and natural events or by other events for which the bank is not responsible (for example strike, lockout, traffic congestion, provisions by instructions of higher authority domestically or abroad).

4 Limits of entitlement to offsetting for a customer who is not a consumer

A customer who is not a consumer may offset against claims of the bank only if the claims of the customer are undisputed or have been established as legally binding. This offsetting restriction does not apply for a claim by the customer for offsetting if the legal basis of such lies in a loan or financial aid in accordance with §§ 513, 491 to 512 BGB (German civil code).

5 Power of disposition after the death of the customer

After the death of the customer, the person who claims the legal succession of the customer must provide proof to the bank about their legal inheritance in a suitable manner. If the bank receives a copy or a certified copy of the testamentary disposition (testament, testamentary contract) plus the associated record of probate proceedings, then the bank can view the person who is designated in the documents as inheritor or executor of the will as the beneficiary, can give the person control and especially to provide to the person without restrictions. This does not apply if the bank knows that the identified person (for example, after contesting or due to voidness of the testament) is not authorized to dispose or if this is not known to the bank as a result of negligence.

6 Relevant law and place of jurisdiction for commercial customers and customers under public law

(1) Applicability of German law

German law applies to the business relationship between the customer and the bank.

(2) Place of jurisdiction for domestic customers

If the customer is a businesswoman/businessman and is the disputed business relationship part of her/his business activities, then the bank can sue this customer at the court responsible for the account managing place or at a different responsible court; the same applies to a legal entity under public law and to special assets under public law. The bank itself can only be sued by this customer at the court responsible for the account managing place.

(3) Place of jurisdiction for foreign customers

The place of jurisdiction agreement is also valid for customer that practice a comparable activity abroad as well as for foreign institutes that are comparable with domestic legal entities under public law or with domestic special assets under public law.

Account management

7 Balance of accounts for current accounts (revolving statement)

(1) Balance of accounts granting

If not agreed otherwise, the bank provides a balance of accounts for the current account at the end of each calendar quarter; the claims of both sides that were generated during this time frame (including the interest and remunerations of the bank) will be settled. The bank can charge interest for the balance that results from the settlement in accordance with number 12 of these terms and conditions or based on other agreements established with this customer.

(2) Frist für Einwendungen; Genehmigung durch Schweigen

Einwendungen wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit eines Rechnungsabschlusses hat der Kunde spätestens vor Ablauf von sechs Wochen nach dessen Zugang zu erheben; macht er seine Einwendungen in Textform geltend, genügt die Absendung innerhalb der Sechs-Wochen-Frist. Das Unterlassen rechtzeitiger Einwendungen gilt als Genehmigung. Auf diese Folge wird die Bank bei Erteilung des Rechnungsabschlusses besonders hinweisen. Der Kunde kann auch nach Fristablauf eine Berichtigung des Rechnungsabschlusses verlangen, muss dann aber beweisen, dass zu Unrecht sein Konto belastet oder eine ihm zustehende Gutschrift nicht erteilt wurde.

8 Storno- und Berichtigungsbuchungen der Bank

(1) Vor Rechnungsabschluss

Fehlerhafte Gutschriften auf Kontokorrentkonten (zum Beispiel wegen einer falschen Kontonummer) darf die Bank bis zum nächsten Rechnungsabschluss durch eine Belastungsbuchung rückgängig machen, soweit ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zusteht (Stornobuchung). Der Kunde kann in diesem Fall gegen die Belastungsbuchung nicht einwenden, dass er in Höhe der Gutschrift bereits verfügt hat.

(2) Nach Rechnungsabschluss

Stellt die Bank eine fehlerhafte Gutschrift erst nach einem Rechnungsabschluss fest und steht ihr ein Rückzahlungsanspruch gegen den Kunden zu, so wird sie in Höhe ihres Anspruchs sein Konto belasten (Berichtigungsbuchung). Erhebt der Kunde gegen die Berichtigungsbuchung Einwendungen, so wird die Bank den Betrag dem Konto wieder gutschreiben und ihren Rückzahlungsanspruch gesondert geltend machen.

(3) Information des Kunden; Zinsberechnung

Über Storno- und Berichtigungsbuchungen wird die Bank den Kunden unverzüglich unterrichten. Die Buchungen nimmt die Bank hinsichtlich der Zinsberechnung rückwirkend zu dem Tag vor, an dem die fehlerhafte Buchung durchgeführt wurde.

9 Einzugsaufträge

(1) Erteilung von Vorbehaltsgutschriften bei der Einreichung

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks und Lastschriften schon vor ihrer Einlösung gut, geschieht dies unter dem Vorbehalt ihrer Einlösung, und zwar auch dann, wenn diese bei der Bank selbst zahlbar sind. Reicht der Kunde andere Papiere mit dem Auftrag ein, von einem Zahlungspflichtigen einen Forderungsbetrag zu beschaffen (zum Beispiel Zinsscheine), und erteilt die Bank über den Betrag eine Gutschrift, so steht diese unter dem Vorbehalt, dass die Bank den Betrag erhält. Der Vorbehalt gilt auch dann, wenn die Schecks, Lastschriften und anderen Papiere bei der Bank selbst zahlbar sind. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder erhält die Bank den Betrag aus dem Einzugsauftrag nicht, macht die Bank die Vorbehaltsgutschrift rückgängig. Dies geschieht unabhängig davon, ob in der Zwischenzeit ein Rechnungsabschluss erteilt wurde.

(2) Einlösung von Lastschriften und vom Kunden ausgestellter Schecks

Lastschriften sowie Schecks sind eingelöst, wenn die Belastungsbuchung nicht spätestens am zweiten Bankarbeitstag¹ – bei Lastschriften im SEPA-Firmen-Lastschriftverfahren nicht spätestens am dritten Bankarbeitstag¹ – nach ihrer Vornahme rückgängig gemacht wird. Barschecks sind bereits mit Zahlung an den Scheckvorleger eingelöst. Schecks sind auch schon dann eingelöst, wenn die Bank im Einzelfall eine Bezahlungsmeldung absendet. Schecks, die über die Abrechnungsstelle der Bundesbank vorgelegt werden, sind eingelöst, wenn sie nicht bis zu dem von der Bundesbank festgesetzten Zeitpunkt zurückgegeben werden.

10 Fremdwährungsgeschäfte und Risiken bei Fremdwährungskonten

(1) Auftragsausführung bei Fremdwährungskonten

Fremdwährungskonten des Kunden dienen dazu, Zahlungen an den Kunden und Verfügungen des Kunden in fremder Währung bargeldlos abzuwickeln. Verfügungen über Guthaben auf Fremdwährungskonten (zum Beispiel durch Überweisungen zulasten des Fremdwährungsguthabens) werden unter Einschaltung von Banken im Heimatland der Währung abgewickelt, wenn sie die Bank nicht vollständig innerhalb des eigenen Hauses ausführt.

(2) Gutschriften bei Fremdwährungsgeschäften mit dem Kunden

Schließt die Bank mit dem Kunden ein Geschäft (zum Beispiel ein Devisentermingeschäft) ab, aus dem sie die Verschaffung eines Betrags in fremder Währung schuldet, wird sie ihre Fremdwährungsverbindlichkeit durch Gutschrift auf dem Konto des Kunden in dieser Währung erfüllen, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist.

(2) Deadline for objections; approval through silence

The customer must raise objections due to the incorrectness and incompleteness of a balance of accounts at the latest before the expiration of six weeks after receipt; if the customer raises their objections in writing, then the sending within the six-week period is adequate. The failure to raise an objection is viewed as an agreement. The bank will inform especially about this fact when issuing the balance of accounts. The customer can request a balance of account correction even after the deadline expired, however, the customer must provide proof that the account was wrongly charged or that a credit due to the customer was not granted.

8 Cancellation and correction postings made by the bank

(1) Before the balance of accounts

The bank can reverse erroneous credits on current accounts (for example due to a wrong account number) at the next balance of accounts by a debit booking, assumed that the bank has a payback claim against the customer (reverse posting). In this case, the customer cannot object against the debit booking with the argument that she/he has already disposed of the credit.

(2) After the balance of accounts

If the bank identifies an erroneous credit only after the balance of accounts and if the bank has a back-payment claim against the customer, then the bank will debit the account of the customer for the amount of the claim. If the customer objects against the correction posting, then the bank will credit the amount again on the account and will enforce its back-payment claim in a different manner.

(3) Information of the customer; interest charge

The bank will inform the customer immediately about cancellation and correction postings. With respect to the interest charge, the bank dates the posting retroactively to the day on which the erroneous posting was performed.

9 Collection orders

(1) Granting of conditional credits when submitted

If the bank credits the value of checks and debit notes already before they are redeemed, then this is done under the condition of their redemption, even if they are payable by the bank itself. If the customer submits other documents together with the order to get a receivables amount from a payer (for example, interest warrants) and if the bank provides a credit for the amount, then this is done with the condition that the bank will receive the amount. The interest also applies if the checks, debit notes and other documents are payable at the bank itself. If checks or debit notes are not paid or if the bank does not receive the amount from the debit order, then the bank cancels the conditional credit. This is done independent of the fact whether a balance of accounts was provided in the meantime.

(2) Redemption of debit notes and checks written by the customer

Debit notes as well as checks are redeemed if the debit booking is not reversed at the latest on the second bank work day¹ – for debit notes using the SEPA company debit notes processed not at the latest on the third bank work day¹ – after its execution. Cashier's checks are redeemed with the payment to the check presenter. Checks are already redeemed if the bank in individual cases sends a paid message. Checks that are presented through the clearing house of the German Central Bank, are redeemed if they are not returned at the time specified by the German Central Bank.

10 Foreign currency transactions and risks of foreign currency accounts

(1) Order execution for foreign currency accounts

Foreign currency accounts of the customer are used to process payments cashlessly to the customer and orders by the customer in a foreign currency. Orders relating to the credit on foreign currency accounts (for example, through a transfer debited to the foreign currency credit balance) are processed by involving banks in the home country of the currency if the bank does not completely exercise the order itself.

(2) Credits for foreign currency transactions with the customer

If the bank concludes a business with the customer (for example a foreign exchange contract) from which it has to provide an amount in foreign currency, then it will fulfill its foreign currency liability by a credit on the account of the customer in this currency, assumed that a different agreement was not made.

(3) Vorübergehende Beschränkung der Leistung durch die Bank

Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zugunsten eines Fremdwährungsguthabens (Absatz 1) oder zur Erfüllung einer Fremdwährungsverbindlichkeit (Absatz 2) ist in dem Umfang und so lange ausgesetzt, wie die Bank in der Währung, auf die das Fremdwährungsguthaben oder die Verbindlichkeit lautet, wegen politisch bedingter Maßnahmen oder Ereignisse im Lande dieser Währung nicht oder nur eingeschränkt verfügen kann. In dem Umfang und solange diese Maßnahmen oder Ereignisse andauern, ist die Bank auch nicht zu einer Erfüllung an einem anderen Ort außerhalb des Landes der Währung, in einer anderen Währung (auch nicht in Euro) oder durch Anschaffung von Bargeld verpflichtet. Die Verpflichtung der Bank zur Ausführung einer Verfügung zugunsten eines Fremdwährungsguthabens ist dagegen nicht ausgesetzt, wenn sie die Bank vollständig im eigenen Haus ausführen kann. Das Recht des Kunden und der Bank, fällige gegenseitige Forderungen in derselben Währung miteinander zu verrechnen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.

(4) Wechselkurs

Die Bestimmung des Wechselkurses bei Fremdwährungsgeschäften ergibt sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Bei Zahlungsdiensten gilt ergänzend der Zahlungsdiensterahmenvertrag.

Mitwirkungspflichten des Kunden

11 Mitwirkungspflichten des Kunden

(1) Mitteilungen von Änderungen

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Kunde der Bank Änderungen seines Namens und seiner Anschrift sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der Bank erteilten Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) unverzüglich mitteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (zum Beispiel in das Handelsregister) eingetragen ist und ihr Erlöschen oder ihre Änderung in dieses Register eingetragen wird. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz, ergeben.

(2) Klarheit von Aufträgen

Aufträge müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Nicht eindeutig formulierte Aufträge können Rückfragen zur Folge haben, die zu Verzögerungen führen können. Vor allem hat der Kunde bei Aufträgen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben, insbesondere der Kontonummer und Bankleitzahl oder IBAN² und BIC³, sowie der Währung zu achten. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen müssen als solche gekennzeichnet sein.

(3) Besonderer Hinweis bei Eilbedürftigkeit der Ausführung eines Auftrags

Hält der Kunde bei der Ausführung eines Auftrags besondere Eile für nötig, hat er dies der Bank gesondert mitzuteilen. Bei formularmäßig erteilten Aufträgen muss dies außerhalb des Formulars erfolgen.

(4) Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der Bank

Der Kunde hat Kontoauszüge, Wertpapierabrechnungen, Depot- und Ertragnisaufstellungen, sonstige Abrechnungen, Anzeigen über die Ausführung von Aufträgen sowie Informationen über erwartete Zahlungen und Sendungen (Avisé) auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben.

(5) Benachrichtigung der Bank bei Ausbleiben von Mitteilungen

Falls Rechnungsabschlüsse und Depotaufstellungen dem Kunden nicht zugehen, muss er die Bank unverzüglich benachrichtigen. Die Benachrichtigungspflicht besteht auch beim Ausbleiben anderer Mitteilungen, deren Eingang der Kunde erwartet (Wertpapierabrechnungen, Kontoauszüge nach der Ausführung von Aufträgen des Kunden oder über Zahlungen, die der Kunde erwartet).

(3) Temporary restriction of the bank service

The obligation of the bank to execute a directive, by debiting a foreign currency credit (paragraph 1) or for the fulfillment of a foreign currency credit (paragraph 2), is delayed for as long as the time during which the bank cannot control the currency that the foreign currency credit or the payable is based on, due to politically based measures or events in the country of this currency or can only control it in a restricted manner. The bank is also not obligated to fulfill this credit at a different location outside the country of the currency, in a different currency (not even in Euro) or through the acquisition of cash as long as these measures or events continue. However, the obligation of the bank for the execution of a direction that debits a foreign currency credit is not delayed if the bank can execute the obligation completely in-house. The right of the customer and the bank to offset reciprocal receivables in the same currency is not affected by the above regulations.

(4) Exchange rate

The exchange rate for foreign currency transactions is determined by the schedule of prices and services. The payment service general contract applies to payment services.

Customer's obligations to cooperation

11 Customer's obligations to cooperation

(1) Reporting of changes

For the proper execution of business transactions, it is required that the customer immediately reports to the bank changes of its name and its address as well as the cancellation or the change of the power of representation granted to the bank (especially a power of attorney). This communication obligation also exists if the power of representation has been entered in a public register (for example, the commercial register) and if its cancellation or its change will be entered in this register. In addition, further legal disclosure obligations, especially based on the money laundering law, may exist.

(2) Distinctness of orders

Orders must be distinct with respect to their content. Orders that are not clearly formulated can result in questions, which in turn can result in delays. In case of orders, the customer must ensure the correctness and completeness of its information, especially the account number and bank code or IBAN² and BIC³ as well as the currency. Changes, confirmations or repeats of orders must be marked accordingly.

(3) Special information in case of urgency for the execution of an order

If the customer has a need for urgency for the execution of an order, then the customer must communicate this to the bank. This must be provided outside the form if the order was placed using a form.

(4) Checking and objections in case of bank messages

The customer must immediately check bank statements, security settlements, securities account and income lists, other settlements, announcements about the execution of orders as well as information about expected payments and transfers (notifications) for their correctness and completeness and must raise possible objections immediately.

(5) Informing the bank in case notifications are not received

The customer must inform the bank immediately if the balance of accounts and securities account lists are not received by the customer. The notification obligation also exists if other messages, expected by the customer, are not received (securities settlements, bank statements after the execution of orders by the customer or payments that the customer expects).

Kosten der Bankdienstleistungen

12 Zinsen, Entgelte und Auslagen

(1) Zinsen und Entgelte im Privatkundengeschäft

Die Höhe der Zinsen und Entgelte für die im Privatkundengeschäft üblichen Kredite und Leistungen ergibt sich aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“ und ergänzend aus dem „Preis- und Leistungsverzeichnis“. Wenn ein Kunde einen dort aufgeführten Kredit oder eine dort aufgeführte Hauptleistung in Anspruch nimmt und dabei keine abweichende Vereinbarung getroffen wurde, gelten die zu diesem Zeitpunkt im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ angegebenen Zinsen und Entgelte. Eine Vereinbarung, die auf eine über das vereinbarte Entgelt für die Hauptleistung hinausgehende Zahlung des Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen, auch wenn sie im „Preis- und Leistungsverzeichnis“ ausgewiesen ist. Für die Vergütung der darin nicht aufgeführten Hauptleistungen, die im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmaßlichem Interesse erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, gelten, soweit keine andere Vereinbarung getroffen wurde, die gesetzlichen Vorschriften.

(2) Zinsen und Entgelte außerhalb des Privatkundengeschäfts

Außerhalb des Privatkundengeschäfts bestimmt die Bank, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde und gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, die Höhe von Zinsen und Entgelten nach billigem Ermessen (§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

(3) Nicht entgeltfähige Leistung

Für eine Leistung, zu deren Erbringung die Bank kraft Gesetzes oder aufgrund einer vertraglichen Nebenpflicht verpflichtet ist oder die sie im eigenen Interesse wahrnimmt, wird die Bank kein Entgelt berechnen, es sei denn, es ist gesetzlich zulässig und wird nach Maßgabe der gesetzlichen Regelung erhoben.

(4) Änderung von Zinsen; Kündigungsrecht des Kunden bei Erhöhung

Die Änderung der Zinsen bei Krediten mit einem veränderlichen Zinssatz erfolgt aufgrund der jeweiligen Kreditvereinbarungen mit dem Kunden. Die Bank wird dem Kunden Änderungen von Zinsen mitteilen. Bei einer Erhöhung kann der Kunde, sofern nichts anderes vereinbart ist, die davon betroffene Kreditvereinbarung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe der Änderung mit sofortiger Wirkung kündigen. Kündigt der Kunde, so werden die erhöhten Zinsen für die gekündigte Kreditvereinbarung nicht zugrunde gelegt. Die Bank wird zur Abwicklung eine angemessene Frist einräumen.

(5) Änderungen von Entgelten bei typischerweise dauerhaft in Anspruch genommenen Leistungen

Änderungen von Entgelten für Bankleistungen, die von Kunden im Rahmen der Geschäftsverbindung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (zum Beispiel Konto- und Depotführung), werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (zum Beispiel das Online-Banking), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die von der Bank angebotenen Änderungen werden nur wirksam, wenn der Kunde diese annimmt. Eine Vereinbarung über die Änderung eines Entgelts, das auf eine über die Hauptleistung hinausgehende Zahlung eines Verbrauchers gerichtet ist, kann die Bank mit dem Verbraucher nur ausdrücklich treffen.

(6) Auslagen

Die Aufwendungsersatzansprüche der Bank richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

(7) Besonderheiten bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdienstverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen

Bei Verbraucherdarlehensverträgen und Zahlungsdienstverträgen mit Verbrauchern für Zahlungen richten sich die Zinsen und die Kosten (Entgelte, Auslagen) nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen und Sonderbedingungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Vorschriften.

Costs of the bank services

12 Interest, remunerations and expenses

(1) Interest and remunerations in the private customer business

The amount of interest and remunerations for loans and services common in the private business are stated in the "Price bulletin – standard rates in the standardized private customer business" and also in the "Price and services schedule". If a customer takes advantage of a main service listed there and if a deviating agreement was not made, then the interests and remunerations listed at this time in the price bulletin or schedule of prices and services are valid. The bank can establish an agreement with the consumer that addresses a payment that exceeds the agreed remuneration for the main service only if it is listed in the price bulletin or in the schedule of prices and services. The legal regulations apply to the compensation of the main services, which are not listed there and which are provided based on an order of the customer or in its presumed interest and which – based on the circumstances – can only be expected to be provided against compensation, assumed that no other agreement was made.

(2) Interest and remunerations outside of the private customer business

Outside the private customer business, the bank determines – if no other agreement was made and if legal regulation do not forbid this – the amount of interest and remunerations at its discretion (§ 315 of the German Civil Code).

(3) Service that does not generate remuneration

The bank will not charge a remuneration for a service that the bank must provide based on a law or a contractual auxiliary obligation or if it provides it in its own interest, unless it is legally permitted and will be invoiced based on the legal regulation.

(4) Interest rate changes; termination right of the customer in case of an increase

The interest rate for loans with a changeable interest rate is changed based on the respective loan agreement with the customer. The bank will inform the customer about the interest rate change. If not agreed otherwise, the customer can terminate the affected loan agreement within six weeks after the announcement of the change effective immediately. If the customer terminates, then the increased interest rate for the terminated loan agreement will not be used. The bank will grant an adequate period for the handling.

(5) Amendments to fees in the case of services that are typically used on a permanent basis

Amendments to fees for banking services that are typically used by customers on a permanent basis in the course of the business relationship (for example account and portfolio management) will be offered to the customer in text form no later than two months before the proposed effective date. If the customer has agreed to the use of electronic communications with the bank in the course of the business relationship (for example online banking) then the amendments may also be offered in this way. The amendments offered by the bank will take effect only if the customer agrees to them. An agreement of the bank with the consumer concerning amendment of a fee that relates to a consumer payment above the agreed fee for the principal service may be concluded only explicitly.

(6) Expenses

The expenditure reimbursement claims of the bank are based on the legal regulations.

(7) Special features for consumer loan contracts and payment service contracts with consumers for payments

The interests and the costs (remunerations, expenses) depend on the respective contractual agreements and special conditions as well as supplemental on the legal regulations for consumer loan contracts and payment service contracts with consumers for payments.

Sicherheiten für die Ansprüche der Bank gegen den Kunden

13 Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten

(1) Anspruch der Bank auf Bestellung von Sicherheiten

Die Bank kann für alle Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung die Bestellung bankmäßiger Sicherheiten verlangen, und zwar auch dann, wenn die Ansprüche bedingt sind (zum Beispiel Aufwendungsersatzanspruch wegen der Inanspruchnahme aus einer für den Kunden übernommenen Bürgschaft). Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so besteht für die Bank ein Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten im Hinblick auf die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

(2) Veränderungen des Risikos

Hat die Bank bei der Entstehung von Ansprüchen gegen den Kunden zunächst ganz oder teilweise davon abgesehen, die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten zu verlangen, kann sie auch später noch eine Besicherung fordern. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass Umstände eintreten oder bekannt werden, die eine erhöhte Risikobewertung der Ansprüche gegen den Kunden rechtfertigen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn

- sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden nachteilig verändert haben oder sich zu verändern drohen oder
- sich die vorhandenen Sicherheiten wertmäßig verschlechtern haben oder zu verschlechtern drohen.

Der Besicherungsanspruch der Bank besteht nicht, wenn ausdrücklich vereinbart ist, dass der Kunde keine oder ausschließlich im Einzelnen benannte Sicherheiten zu bestellen hat. Bei Verbraucherdarlehensverträgen besteht ein Anspruch auf die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nur, soweit die Sicherheiten im Kreditvertrag angegeben sind. Übersteigt der Nettodarlehensbetrag 75.000 Euro, besteht der Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung auch dann, wenn in einem vor dem 21. März 2016 abgeschlossenen Verbraucherdarlehensvertrag oder in einem ab dem 21. März 2016 abgeschlossenen Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag im Sinne von § 491 Abs. 2 BGB keine oder keine abschließende Angabe über Sicherheiten enthalten ist.

(3) Fristsetzung für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten

Für die Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten wird die Bank eine angemessene Frist einräumen. Beabsichtigt die Bank, von ihrem Recht zur fristlosen Kündigung nach Nummer 19 Absatz 3 dieser Geschäftsbedingungen Gebrauch zu machen, falls der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht fristgerecht nachkommt, wird sie ihn zuvor hierauf hinweisen.

14 Vereinbarung eines Pfandrechts zugunsten der Bank

(1) Einigung über das Pfandrecht

Der Kunde und die Bank sind sich darüber einig, dass die Bank ein Pfandrecht an den Wertpapieren und Sachen erwirbt, an denen eine inländische Geschäftsstelle im bankmäßigen Geschäftsverkehr Besitz erlangt hat oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung zustehen oder künftig zustehen werden (zum Beispiel Kontoguthaben).

(2) Gesicherte Ansprüche

Das Pfandrecht dient der Sicherung aller bestehenden, künftigen und bedingten Ansprüche, die der Bank mit ihren sämtlichen in- und ausländischen Geschäftsstellen aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung gegen den Kunden zustehen. Hat der Kunde gegenüber der Bank eine Haftung für Verbindlichkeiten eines anderen Kunden der Bank übernommen (zum Beispiel als Bürge), so sichert das Pfandrecht die aus der Haftungsübernahme folgende Schuld jedoch erst ab ihrer Fälligkeit.

(3) Ausnahmen vom Pfandrecht

Gelangen Gelder oder andere Werte mit der Maßgabe in die Verfügungsgewalt der Bank, dass sie nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden dürfen (zum Beispiel Bareinzahlung zur Einlösung eines Wechsels), erstreckt sich das Pfandrecht der Bank nicht auf diese Werte. Dasselbe gilt für die von der Bank selbst ausgegebenen Genussrechte sowie für die von der Bank selbst ausgegebenen Aktien (eigene Aktien), für Ansprüche des Kunden gegen die Bank aus nachrangigen Verbindlichkeiten sowie für die Wertpapiere, die die Bank im Ausland für den Kunden verwahrt.

(4) Zins- und Gewinnanteilscheine

Unterliegen dem Pfandrecht der Bank Wertpapiere, ist der Kunde nicht berechtigt, die Herausgabe der zu diesen Papieren gehörenden Zins- und Gewinnanteilscheine zu verlangen.

Securities for the bank claims against the customer

13 Establishment or strengthening of securities

(1) Entitlement of the bank for the establishment of securities

The bank can request the establishment of bank-related securities for all entitlements of the bank-related business relationship even if the entitlements are conditional (for example, expenditure reimbursement claims due to the use of a guarantee assumption for the customer). If the customer assumed a liability for payables of another customer of the bank against the bank (for example, as a guarantor), then the bank is entitled to the establishment or strengthening of securities with respect to the debt resulting from the liability assumptions, however, only after its maturity.

(2) Changes of the risk

If the bank has initially waived the request for the establishment or the strengthening of securities in total or partly during the generation of claims against the customer, then the bank can request a securing at a later date. However, the prerequisite is that circumstances occur or become known that justify an increased risk assessment of the entitlements against the customer. This can especially be the case if

- the economic conditions of the customer changed adversely or if they threaten to change adversely or
- if the value of existing securities changed adversely or if they threaten to change adversely.

The security entitlement of the bank does not exist if it has been agreed explicitly that the customer must not provide securities or securities that are individually identified. An entitlement for the establishment or strengthening of securities only exists for consumer loan contracts if the securities are listed in the loan contract. If the net loan amount exceeds € 75,000, then the entitlement for the establishment or strengthening exists even if no or no final information about securities is included in a consumer loan contract established before March 21, 2016 or in a general consumer loan contract in accordance with § 491 para. 2 BGB established after March 21, 2016.

(3) Deadline for the establishment or strengthening of securities

The bank will grant an adequate deadline for the establishment or strengthening of securities. If the bank intends to use its right for a termination without notice in accordance with number 19 paragraph 3 of these terms and conditions, and if the customer does not meet their obligations for the establishment or strengthening of securities, then it will inform the customer in advance.

14 Agreement about a lien in favor of the bank

(1) Consent about the lien

The customer and the bank agree that the bank acquires a lien for the securities and objects for which a domestic branch has gotten ownership or will get ownership for bank-related business transactions. The bank acquires a lien also for the claims that the customer is entitled to or will be entitled to in the future against the bank based on the bank-related business relationship.

(2) Secured entitlements

The lien is used for the protection of all existing, future and conditioned entitlements that the bank with its total domestic and foreign branches is entitled to based on the bank-related business relationship. If the customer assumed a liability for payables of another customer of the bank against the bank (for example, as a guarantor), then the lien secures the debt resulting from the liability assumption, however, only after its maturity.

(3) Exceptions of the lien

If cash or other values are controlled by the bank with the directive that they can only be used for a certain purpose (for example, cash deposit for the redemption of a bill of exchange), then the lien of the bank does not cover these values. The same applies to the participation rights as well as the shares (own shares) issued by the bank, for claims of the customer against the bank based on subordinate liabilities as well as for the securities that the bank holds for the customer in a foreign country.

(4) Interest and dividend warrants

If securities are subject to a bank lien, then the customer does not have the right to request the issue of the interest and dividend warrants associated with these securities.

15 Sicherungsrechte bei Einzugspapieren und diskontierten Wechseln

(1) Sicherungsübereignung

Die Bank erwirbt an den ihr zum Einzug eingereichten Schecks und Wechseln im Zeitpunkt der Einreichung Sicherungseigentum. An diskontierten Wechseln erwirbt die Bank im Zeitpunkt des Wechselankaufs uneingeschränktes Eigentum; belastet sie diskontierte Wechsel dem Konto zurück, so verbleibt ihr das Sicherungseigentum an diesen Wechseln.

(2) Sicherungsabtretung

Mit dem Erwerb des Eigentums an Schecks und Wechseln gehen auch die zugrunde liegenden Forderungen auf die Bank über; ein Forderungsübergang findet ferner statt, wenn andere Papiere zum Einzug eingereicht werden (zum Beispiel Lastschriften, kaufmännische Handelspapiere).

(3) Zweckgebundene Einzugspapiere

Werden der Bank Einzugspapiere mit der Maßgabe eingereicht, dass ihr Gegenwert nur für einen bestimmten Zweck verwendet werden darf, erstrecken sich die Sicherungsübereignung und die Sicherungsabtretung nicht auf diese Papiere.

(4) Gesicherte Ansprüche der Bank

Das Sicherungseigentum und die Sicherungsabtretung dienen der Sicherung aller Ansprüche, die der Bank gegen den Kunden bei Einreichung von Einzugspapieren aus seinen Kontokorrentkonten zustehen oder die infolge der Rückbelastung nicht eingelöster Einzugspapiere oder diskontierter Wechsel entstehen. Auf Anforderung des Kunden nimmt die Bank eine Rückübertragung des Sicherungseigentums an den Papieren und der auf sie übergegangenen Forderungen an den Kunden vor, falls ihr im Zeitpunkt der Anforderung keine zu sichernden Ansprüche gegen den Kunden zustehen und sie ihn über den Gegenwert der Papiere vor deren endgültiger Bezahlung nicht verfügen lässt.

16 Begrenzung des Besicherungsanspruchs und Freigabeverpflichtung

(1) Deckungsgrenze

Die Bank kann ihren Anspruch auf Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten so lange geltend machen, bis der realisierbare Wert aller Sicherheiten dem Gesamtbetrag aller Ansprüche aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung (Deckungsgrenze) entspricht.

(2) Freigabe

Falls der realisierbare Wert aller Sicherheiten die Deckungsgrenze nicht nur vorübergehend übersteigt, hat die Bank auf Verlangen des Kunden Sicherheiten nach ihrer Wahl freizugeben, und zwar in Höhe des die Deckungsgrenze übersteigenden Betrags; sie wird bei der Auswahl freizugebender Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen. In diesem Rahmen ist die Bank auch verpflichtet, Aufträge des Kunden über die dem Pfandrecht unterliegenden Werte auszuführen (zum Beispiel Verkauf von Wertpapieren, Auszahlung von Sparguthaben).

(3) Sondervereinbarungen

Ist für eine bestimmte Sicherheit ein anderer Bewertungsmaßstab als der realisierbare Wert oder ist eine andere Deckungsgrenze oder ist eine andere Grenze für die Freigabe von Sicherheiten vereinbart, so sind diese maßgeblich.

17 Verwertung von Sicherheiten

(1) Wahlrecht der Bank

Wenn die Bank verwertet, hat sie unter mehreren Sicherheiten die Wahl. Sie wird bei der Verwertung und bei der Auswahl der zu verwertenden Sicherheiten auf die berechtigten Belange des Kunden und eines dritten Sicherungsgebers, der für die Verbindlichkeiten des Kunden Sicherheiten bestellt hat, Rücksicht nehmen.

(2) Erlösgutschrift nach dem Umsatzsteuerrecht

Wenn der Verwertungsvorgang der Umsatzsteuer unterliegt, wird die Bank dem Kunden über den Erlös eine Gutschrift erteilen, die als Rechnung für die Lieferung der als Sicherheit dienenden Sache gilt und den Voraussetzungen des Umsatzsteuerrechts entspricht.

Kündigung

18 Kündigungsrechte des Kunden

(1) Jederzeitiges Kündigungsrecht

Der Kunde kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen (zum Beispiel den Scheckvertrag), für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen.

15 Security interests for debit entry advices and discounted bills of exchange

(1) Security transfer

The bank obtains security ownership for the checks and bills of exchange that were submitted to it for collection at the time of submission. The bank obtains unrestricted ownership for discounted bills of exchange at the time the bills of exchange were purchased; if the bank debits the discounted bills of exchange back to the account, then the bank retains the security ownership of these bills of exchange.

(2) Security assignment

By acquiring the ownership of checks and bills of exchange, the underlying receivables are also transferred to the bank; a receivables transfer also takes place if other securities are submitted for collection (for example, debit notes, commercial documents).

(3) Earmarked debit entry advices

If entry advices are submitted to the bank with the requests that its proceeds can only be used for a certain purpose, then the security transfer and the security assignment does not transfer to these papers.

(4) Secured claims of the bank

The security ownership and the security assignment are used to secure all claims that the bank has against the customer when entry advices from its current accounts are submitted or are generated based on the re-debiting of entry advices or discounted bills of exchange that have not been redeemed. On the request of the customer, the bank performs a re-debiting of the security ownership in the papers and the transferred receivables to the customer, if the bank has at the time of the request no claims against the customer that must be secured or if the bank does not grant control over the proceeds of the papers before they are finally paid.

16 Limiting the collateralization claim and release obligation

(1) Coverage limit

The bank can raise its claim for the establishment or strengthening of securities until the realized value of all securities is equivalent to the total value of all claims of the bank-related business relationship (coverage limit).

(2) Release

If the value of all securities that can be realized exceeds the coverage limit not only temporary, then the bank, on the request of the customer, must release securities on its discretion for the amount that exceeds the coverage limit; when selecting the securities to be released, the bank will consider the justified interest of the customer and a third security provider, which provided securities for the payables of the customer. Based on the above, the bank is also obligated to execute customer orders for the values that underline the lien (for example, sale of securities, payment of savings balances).

(3) Special agreements

If a different evaluation standard than the realizable value is agreed for a certain security or a different coverage limit or a different limit for the release of securities, then these are decisive.

17 Utilization of securities

(1) Selection right of the bank

If the bank utilizes, then it can select from several securities. The bank will consider the justified interest of the customer and a third security provider, which provided securities for the payables of the customer when utilizing and selecting the securities to be utilized.

(2) Credit proceeds in accordance with the sales tax law

If the utilization process is subject to sales tax, then the bank will provide a credit to the customer for the proceeds, which is viewed as the invoice for the delivery of the object used as security and which is in accordance with the prerequisites of the sales tax law.

Termination

18 Termination rights of the customer

(1) Anytime termination right

The customer has the right to terminate the entire business relationship or individual business relationships (for example, the check contract), for which neither a term nor a deviating termination regulation has been agreed, at any time without adhering to a notice period.

(2) Kündigung aus wichtigem Grund

Ist für eine Geschäftsbeziehung eine Laufzeit oder eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart, kann eine fristlose Kündigung nur dann ausgesprochen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt, der es dem Kunden, auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange der Bank, unzumutbar werden lässt, die Geschäftsbeziehung fortzusetzen.

(3) Gesetzliche Kündigungsrechte

Gesetzliche Kündigungsrechte bleiben unberührt.

19 Kündigungsrechte der Bank

(1) Kündigung unter Einhaltung einer Kündigungsfrist

Die Bank kann die gesamte Geschäftsverbindung oder einzelne Geschäftsbeziehungen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer angemessenen Kündigungsfrist kündigen (zum Beispiel den Scheckvertrag, der zur Nutzung von Scheckvordrucken berechtigt). Bei der Bemessung der Kündigungsfrist wird die Bank auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Für die Kündigung eines Zahlungsdienstleistungsvertrags (zum Beispiel laufendes Konto oder Kartenvertrag) und eines Depots beträgt die Kündigungsfrist mindestens zwei Monate.

(2) Kündigung unbefristeter Kredite

Kredite und Kreditzusagen, für die weder eine Laufzeit noch eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, kann die Bank jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen.

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung eines Verbraucherdarlehensvertrags vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

(3) Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist

Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der der Bank deren Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Kunden unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

- wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat, die für die Entscheidung der Bank über eine Kreditgewährung oder über andere mit Risiken für die Bank verbundenen Geschäfte (zum Beispiel Aushändigung einer Zahlungskarte) von erheblicher Bedeutung waren; bei Verbraucherdarlehen gilt dies nur, wenn der Kunde für die Kreditwürdigkeitsprüfung relevante Informationen wissentlich vorenthalten oder diese gefälscht hat und dies zu einem Mangel der Kreditwürdigkeitsprüfung geführt hat oder
- wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder der Werthaltigkeit einer Sicherheit eintritt oder einzutreten droht und dadurch die Rückzahlung des Darlehens oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber der Bank – auch unter Verwertung einer hierfür bestehenden Sicherheit – gefährdet ist oder
- wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nach Nummer 13 Absatz 2 dieser Geschäftsbedingungen oder aufgrund einer sonstigen Vereinbarung nicht innerhalb der von der Bank gesetzten angemessenen Frist nachkommt.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn, dies ist wegen der Besonderheiten des Einzelfalls (§ 323 Abs. 2 und 3 BGB) entbehrlich.

(4) Kündigung von Verbraucherdarlehensverträgen bei Verzug

Soweit das Bürgerliche Gesetzbuch Sonderregelungen für die Kündigung wegen Verzugs mit der Rückzahlung eines Verbraucherdarlehensvertrags vorsieht, kann die Bank nur nach Maßgabe dieser Regelungen kündigen.

(5) Kündigung von Basiskontoverträgen

Die Bank kann einen Basiskontovertrag nach den jeweiligen vertraglichen Vereinbarungen sowie ergänzend nach den gesetzlichen Bestimmungen kündigen.

(6) Abwicklung nach einer Kündigung

Im Fall einer Kündigung ohne Kündigungsfrist wird die Bank dem Kunden für die Abwicklung (insbesondere für die Rückzahlung eines Kredits) eine angemessene Frist einräumen, soweit nicht eine sofortige Erledigung erforderlich ist (zum Beispiel bei der Kündigung des Scheckvertrags die Rückgabe der Scheckvordrucke).

(2) Termination for important reason

If a term or a deviating termination regulation has been agreed for a business relationship, then a termination without notice can only be enforced if an important reason exists, which makes it unreasonable for the customer, even under consideration of the justified interests of the bank, to continue the business relationship.

(3) Legal termination rights

Legal termination rights are not affected.

19 Termination rights of the bank

(1) Termination by adhering to a termination period

The bank can terminate the entire business relationship or individual business relationships for which neither a term nor a deviating termination regulation has been agreed at any time by adhering to an appropriate termination period (for example, the check contract that gives the usage right for check templates). The bank will consider the justified interests of the customer when determining the termination period. The termination period is at least two months for the termination of a payment services contract (for example, current account or card contract) and a securities account.

(2) Termination of open-ended loans

The bank can terminate loans and loan commitments, for which neither a duration nor a deviating termination regulation has been agreed, at any time without adhering to a termination period. When executing the termination right, then the bank will consider the justified interest of the customer.

If the German Civil Code provides special regulations for the termination of a consumer loan contract, then the bank can only terminate in accordance with this regulation.

(3) Termination for important reason without adhering to a termination period

The termination without notice of the entire business relationship or individual business relationships is permitted if an important reason exists, which makes it unreasonable for the bank to continue even under consideration of the justified interests of the customer. An important reason does especially exist,

- *if the customer provided incorrect information about their financial circumstances, which were significant for the decision of the bank for the granting of a loan or for other businesses that included a risk for the bank (for example, issuing a credit card); this only applies to consumer loans if the customer intentionally withheld information relevant for the credit check or if the customer falsified these and if this resulted in a deficiency of the credit check or*
- *if a major deterioration of the customer's financial circumstances or the intrinsic value of a security occurs or threatens to occur and if this endangers the payback of the loan or the fulfillment of another liability against the bank – even if another security is used for this purpose – or*
- *if the customer does not fulfill its obligation for the establishment or strengthening of securities in accordance with number 13 paragraph 2 of these terms and conditions or based on another agreement within an adequate period established by the bank.*

If the important reason is based on the violation of a contractual obligation, then the termination is only permitted after the unsuccessful expiration of a deadline intended to provide remedy or after an unsuccessful notice, except if this is expendable due to the special circumstances of the individual case (§ 323 para. 2 and 3 BGB).

(4) Termination of consumer loan contracts in case of arrears

If the German Civil Code provides special regulations for the termination due to arrears for the payback of a consumer loan contract, then the bank can only terminate in accordance with this regulation.

(5) Termination of basic account contracts

The bank can terminate a basic account contract in accordance with the respective contractual agreements and based on the legal regulations.

(6) Processing after a termination

In case of a termination without termination period, the bank will grant the customer an adequate deadline for the processing (especially for the payback of a loan), assumed that an immediate handling is not required (for example, the return of the check templates in case of the termination of a check contract).

Schutz der Einlagen

20 Entschädigungseinrichtung und Einlagensicherungsfonds

(1) Schutzzumfang

aaaa

(2) Ausnahmen vom Einlegerschutz

aaa

(3) Ergänzende Geltung der Satzung des Einlagensicherungsfonds

aaaaaa

(4) Forderungsübergang

aaaaaaaa

(5) Auskunftserteilung

aaaaaaaa

1 Bankarbeitstage sind alle Werktage, außer Sonnabende und 24. und 31. Dezember.

2 International Bank Account Number (Internationale Bankkontonummer).

3 Business Identifier Code (Internationale Bankleitzahl).

Ende der Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Protection of the deposits

20 Compensation fund and depositor's guaranty fund

(1) Scope of protection

aaaaaaaaa

(2) Exceptions from the depositor protection

aaaaaaaaa

(3) Supplemental validity of the statute of the depositor's guaranty fund

aaaaaaa

(4) Receivables transition

aaaaaaaaa

(5) Providing information

aaaaaaaaaaa

1 Bank workdays are all workdays except Saturdays, December 24 and 31.

2 International bank account number.

3 Business Identifier Code.

End of the General Terms and Conditions (GTC)

Außergerichtliches Streitschlichtungsverfahren und sonstige Beschwerdemöglichkeiten

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands (nachstehend abgekürzt: VÖB) teil. Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für Privatkunden, Firmenkunden (bei Zahlungsverkehrsthemen) sowie bei Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines Basiskontovertrags für Nichtkunden die Möglichkeit, den Ombudsmann des VÖB anzurufen (<https://www.voeb.de/de/verband/ombudsmann/>).

Näheres regelt die Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im Bereich des VÖB, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird und auch auf der Internetseite des VÖB (s. o.) abrufbar ist.

Die Beschwerde ist in Textform (zum Beispiel mittels Brief, Telefax oder E-Mail) an den Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, Kundenbeschwerdestelle, Postfach 110272, 10832 Berlin, Tel. (030) 8192-295, Fax (030) 8192-299, E-Mail: ombudsmann@voeb-kbs.de zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, § 48 des Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des Zahlungsdienstenaufsichtsgesetzes) besteht zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich. Die Adresse lautet: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn.

Zudem besteht auch die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar bei der Bank einzulegen. Die Bank wird Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief, Telefax oder E-Mail) beantworten.

Die Europäische Kommission stellt unter <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> eine Plattform zur außergerichtlichen Online-Streitbeilegung (sogenannte OS-Plattform) bereit.

Zudem besteht die Möglichkeit, eine zivilrechtliche Klage einzureichen.

Extrajudicial mediation processes and other complaint options

The bank participates in the dispute settlement of the Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands [federal association of German banks] (hereafter: VÖB). For the settlement of disagreements with the bank for private customers, company customers (for payment transaction subjects) as well as non-customers, in case an application for the opening of a basic account agreement was declined, the option exists to involve the ombudsman of VÖB (<https://www.voeb.de/de/verband/ombudsmann/>).

The code of procedure for the arbitration of customer complaints in the area of VÖB regulates the details. It will be provided on request and can also be found on the Internet page of VÖB (see above).

The complaint must be sent in writing, for example, by letter, fax or email to Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, Kundenbeschwerdestelle, Postfach 110272, 10832 Berlin, Phone (030) 8192-295, Fax (030) 8192-299, Email: ombudsmann@voeb-kbs.de.

If the complaint object addresses a disagreement of the payment service right (§§ 675c to 676c of the German Civil Code, article 248 of the introduction act of the German Civil Code, § 48 of the payment account law and regulations of the payment services supervisory law), then the option exists to file a complaint at the Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht [Federal Financial Supervisory Agency]. The process regulation can be obtained at the Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. The address is: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn.

In addition, the option exists to file a complaint at the bank. The bank will reply to the complaint in text form (e.g. by letter, fax or email).

The European Commission provides a platform for the out-of-court online settlement of disputes under <https://ec.europa.eu/consumers/odr/> (so-called OS platform).

In addition, the option of a lawsuit subject to civil law exists.